





**Tagesordnung:**

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Genehmigung der Niederschrift
- 4 . Kofinanzierung eines Regionalbudgets für die Wachstumsregion Hansalinie V-PLA/10/021
- 5 . 18. Kreiswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" V-PLA/10/022
- 6 . Erweiterung und Sanierung der kreiseigenen Unterkunft des Technischen Hilfswerkes (THW) und Neubau der Garagen V-PLA/10/023
- 7 . Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz; Beschluss einer Resolution V-PLA/10/024
- 8 . Mitteilungen
- 9 . Einwohnerfragestunde



---

## 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

---

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Götting, eröffnete die Sitzung um 16.00 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung fest.

## 2. Feststellung der Tagesordnung

---

Kreistagsabgeordneter Freye beantragte, dass die Anwendung der Richtlinie für den passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS 2009) wegen ihrer Wichtigkeit auch in dieser Sitzung als zusätzlicher Tagesordnungspunkt behandelt werden solle. Die Anwendung der Richtlinie stelle einen wesentlichen Eingriff in Natur und Landschaft im Landkreis Cloppenburg dar.

Landrat Hans Eveslage erklärte hierzu, die Richtlinie sei bereits im Verkehrsausschuss Gegenstand der Beratung gewesen. Eine weitere Beratung sei im Kreis Ausschuss und danach im Kreistag vorgesehen. Hier könne die Richtlinie nochmals diskutiert werden. Im Übrigen sei eine Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte nur bei Eilbedürftigkeit vorgesehen. Diese liege hier nicht vor.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt lehnte eine Behandlung in der Sitzung ab. Die Anwendung der Richtlinie solle nicht unvorbereitet diskutiert werden. Die noch ausstehende Behandlung im Kreistag sei ausreichend.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff sprach sich ebenfalls dafür aus, die Richtlinie nicht nochmals zu behandeln. Sofern Änderungen vorgenommen werden sollten, sei dies bei der Behandlung im Kreistag möglich.

**In der folgenden Abstimmung lehnte der Ausschuss für Planung und Umwelt mit 12 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Behandlung der Anwendung der Richtlinie für den passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS 2009) als zusätzlichen Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung ab.**

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Götting, stellte sodann die Tagesordnung fest.

## 3. Genehmigung der Niederschrift

---

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14. September 2010 wurde einstimmig genehmigt.

## 4. Kofinanzierung eines Regionalbudgets für die Wachstumsregion Hansalinie Vorlage: V-PLA/10/021

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt trug Kreisoberamtsrätin Deeben den Sachverhalt entsprechend der **Vorlagen- Nr. V-PLA/10/021** vor.



Sie ergänzte, dass eine regionale Standortstudie „Hansalinie 2020“ vom Büro LNC für die Wachstumsregion Hansalinie im Rahmen der dargestellten Aktivitäten erstellt worden sei und nunmehr vorliege. Die Studie zeige Logistikpotentiale der Region auf und ist unter der Internetadresse [www.hansalinie.eu](http://www.hansalinie.eu) als Download im Bereich Region abrufbar.

Kreistagsabgeordneter Niehaus sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Kofinanzierung des Regionalbudgets für die Wachstumsregion Hansalinie aus. Die Maßnahme sei für die Entwicklung der Region wichtig und die Teilnahme daher sinnvoll. Er beantragte, in 2011 und in den beiden folgenden Jahren jeweils 60.000 € hierfür im Haushalt des Landkreises bereit zu stellen.

Kreistagsabgeordneter Freye erklärte, auch die SPD-Fraktion befürworte die Bereitstellung der Mittel, auch wenn er persönlich sich gegen die Maßnahme ausspreche. Einziger Sinn der Maßnahme sei es seiner Ansicht nach, Geld in die Region zu holen, da die Mittel ansonsten in andere Gebiete gehen würden. Die SPD-Fraktion stimme der Kofinanzierung zu, wenn sichergestellt sei, dass sich Unternehmen an der Finanzierung beteiligen würden. Sofern sich nur ein Unternehmen beteiligen werde, sei dies eine unzulässige einzelbetriebliche Förderung. Die Fraktion werde dies kontrollieren.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff erklärte sich ebenfalls mit der Kofinanzierung einverstanden. Die Teilnahme an den Aktivitäten der Wachstumskooperation eröffne den Unternehmen Chancen, die sie als einzelne Unternehmen nicht wahrnehmen könnten. Die Ergebnisse der Teilnahme werde man an der Arbeitslosenstatistik erkennen können. Auch die Kommunen würden davon profitieren, da Arbeitsplätze in der Region erhalten blieben und damit auch die Gewerbesteuerereinnahmen.

**Ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt sodann einstimmig, dem Kreisausschuss zu empfehlen, der Kofinanzierung des Regionalbudgets für die Wachstumsregion Hansalinie für die Haushaltsjahre 2011, 2012 und 2013 mit jeweils 60.000 € jährlich zuzustimmen.**

**5. 18. Kreiswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"  
Vorlage: V-PLA/10/022**

Baudirektor Viets trug den Sachverhalt zum Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ entsprechend der Vorlagen- Nr. **V-PLA/10/022** vor.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt dankte dem Amt für Planung, Natur und Umwelt für die gute Abwicklung des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren. Bundesweit sei der Landkreis Cloppenburg der Landkreis, der mit den meisten Dörfern in der Bundesrepublik am Wettbewerb teilnehme. Er schlug den Abgeordneten Hans Götting als Vorsitzenden der Beratungs- und Prüfungskommission vor. Als Vertreter wurde Kreistagsabgeordneter Johannes Geesen vorgeschlagen.



Kreistagsabgeordneter Friedhoff betonte, der Erfolg des Wettbewerbs mache deutlich, dass viele Menschen in der Region aktiv in den Dörfern seien. Er schlug als Mitglied der Prüfungskommission für die FDP, Die Grünen und die UBF-Fraktion den Abgeordneten Josef Dobelmann und als Vertreterin die Abgeordnete Constanze Korfhage vor.

Auch der Kreistagsabgeordnete Freye sprach sich im Namen seiner Fraktion für eine Fortführung des Wettbewerbs aus. Er schlug für die SPD-Fraktion den Abgeordneten Hans Meyer sowie den Abgeordneten Rudolf Arkenau als Vertreter vor.

**Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss einstimmig, auch in 2011 den Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ durchzuführen. Die Besetzung der Beratungs- und der Prüfungskommission wurde auf die nächste Kreistagssitzung vertagt.**

**6. Erweiterung und Sanierung der kreiseigenen Unterkunft des Technischen Hilfswerkes (THW) und Neubau der Garagen  
Vorlage: V-PLA/10/023**

Kreisoberamtsrat Westendorf erläuterte den Sachverhalt und trug zu diesem Tagesordnungspunkt entsprechend der **Vorlagen –Nr. V-PLA/10/023** vor. Er legte den anliegenden Übersichtsplan mit den einzelnen Maßnahmen vor.

Weiterhin ergänzte er, dass inzwischen Gespräche mit dem Bund hinsichtlich der künftigen Höhe des Mietanteils des Bundes geführt worden seien. Hier liege noch kein Abschluss vor.

Kreistagsabgeordneter Middendorf führte im Folgenden aus, dass im Frühjahr bei der Besichtigung der Räumlichkeiten und des Geländes die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen dargestellt worden sei. Die nunmehr vorgelegte detaillierte Kostenaufstellung sei sehr hoch. Er bat daher die Verwaltung, die Kostenberechnung nochmals zu überprüfen. Für das Haushaltsjahr 2011 sollten die vorgesehenen Mittel in Höhe von 700.000 € eingestellt werden. Die beantragten Mittel für 2012 und 2013 sollten als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt werden.

Kreistagsabgeordneter Freye sprach sich ebenfalls für die Bewilligung der Mittel aus. Das Technische Hilfswerk leiste gute Arbeit. Seine Fraktion unterstütze daher die Durchführung der geplanten Baumaßnahmen. Die Vereinbarung einer kostendeckenden Miete sei erforderlich, erst dann könne mit den Maßnahmen begonnen werden.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff befürwortete ebenfalls die geplanten Maßnahmen. Die verhältnismäßig hohen Kosten der Baumaßnahmen müssten nochmals kritisch geprüft werden. Wichtig sei auch ein vernünftiger Mietpreis. Ob dieser letztendlich kostendeckend sei, sei nicht unbedingt relevant. Man könne hier nur das verlangen, was der Bund auch sonst für derartige Anlagen zahle.

Landrat Hans Eveslage ergänzte hierzu, dass Kostendeckung aufgrund der hohen Baukosten nicht zu erreichen sei. Trotzdem solle ein möglichst hoher Mietpreis mit



dem Bund ausgehandelt werden. Der Katastrophenschutz sei eine Aufgabe, für die der Landkreis verantwortlich sei. Für eine gute Arbeit des THW sei auch eine entsprechende Ausstattung notwendig. Der vorhandene Standort biete wichtige Synergieeffekte durch die Nähe zur Feuerwehrtechnischen Zentrale und zum Deutschen Roten Kreuz. Dies werde zum Beispiel deutlich bei der Fahrzeugwäsche, die in den Räumen der FTZ stattfinde.

**Der Ausschuss für Planung und Umwelt beschloss nach der Aussprache einstimmig, dem Kreisausschuss zu empfehlen, für 2011 insgesamt 700.000 € für die Sanierung der kreiseigenen Unterkunft des THW und den Neubau der Garagen zu bewilligen. Für das Haushaltsjahr 2012 sollen 380.000 € an Verpflichtungsermächtigungen eingestellt werden, für das Haushaltsjahr 2013 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 112.000 €**

## **7. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz; Beschluss einer Resolution Vorlage: V-PLA/10/024**

Baudirektor Haedke trug den Sachverhalt vor.

Eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechtes sei wegen der noch ausstehenden Umsetzung der europäischen Abfallrahmenrichtlinie erforderlich. Bisher im Anhörungsverfahren von den Verbänden gemachten Vorschläge seien nicht umgesetzt worden im Entwurf, so dass vor der geplanten Verabschiedung der Änderungen im Frühjahr/ Sommer 2011 nun noch Gelegenheit sei, als Kommune hier Signale zu setzen für eine auch in Zukunft geregelte kommunal verantwortete Abfallentsorgung.

Zum einen seien die Kommunen mit der nach dem Entwurf ab dem 1.1.2015 verpflichtend geltende getrennte Sammlung des Bioabfalls nicht einverstanden. Hier dürfe es keine einheitliche bundesgesetzliche Regelung geben, sondern die Kommunen möchten wie bisher vor Ort aufgrund der jeweiligen Verhältnisse entscheiden.

Eine weitere geplante Änderung betreffe die Überlassungspflicht. Während das Bundesverwaltungsgericht 2009 klargestellt habe, dass private Sammlungen nach Art eines Entsorgungsträgers nicht zulässig seien, öffne die neue geplante Regelung Tür und Tor für alle privaten gewerblichen Sammlungen. Es sei dann genau das erlaubt, was nun nicht zulässig sei, was bedeute, dass z. B. trotz eingerichteter kommunaler Papierabfuhr Privatsammlungen durchgeführt werden dürften.

Aus Sicht der Kommunen sei dies nicht hinnehmbar, da sie als Entsorgungsträger die Entsorgung unabhängig vom zu erlösenden Preis immer sicherstellen müssten. Im übrigen sei eine Kostendeckung über die Gesamterlöse aller Abfallarten nur möglich bei kalkulierbaren Mengen.

Hinsichtlich der zukünftigen Konzeption der Wertstofftonne bleibe vieles unklar und werde auf die Verordnungsebene verlagert, was so nicht hinnehmbar sei. Auch sei nicht klar, welche Abfälle damit eingesammelt werden sollten.



Aus diesen Gründen solle die Resolution verabschiedet werden. Die Kommunen forderten damit Planungssicherheit ein. Es müsse weiterhin möglich sein, vor Ort Entscheidungen zu treffen. Die Überlassungspflicht für Abfälle aus Haushaltungen müsse bleiben. Eine einheitliche kommunale Wertstofftonne dürfe es grundsätzlich nicht geben, wenn doch, dann nur in kommunaler Verantwortung.

Der Vortrag ist in der Anlage beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Hackstedt bedankte sich für den Vortrag. Er gehe davon aus, dass bei einer Anpassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der bisher vorliegenden Form die Abfallentsorgung teurer für den Bürger werde. Die CDU-Fraktion spreche sich daher für die Verabschiedung der Resolution in der vorgelegten Form aus.

Kreistagsabgeordnete Nüdling sprach sich für ihre Fraktion ebenfalls für den Beschluss der Resolution aus.

**Ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Planung und Umwelt einstimmig bei einer Enthaltung, dem Kreisausschuss zu empfehlen, die vorgelegte Resolution zu beschließen.**

## 8. Mitteilungen

### • Bericht über den Sachstand der Rekultivierung der Deponie Stapelfeld

Leitender Baudirektor Raue informierte die Anwesenden über den Sachstand der Rekultivierung der Deponie Stapelfeld.

Zuletzt war in der Sitzung am 4. Mai 2010 hierüber berichtet worden. Seinerzeit sei gerade der Scoopingtermin zur Abstimmung des Umfangs der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) mit den Trägern öffentlicher Belange durchgeführt worden.

Diese UVS liege nunmehr vor. Sie enthalte Untersuchungen zu den Schutzgütern Mensch, Boden, Wasser, Klima/Luft, Tiere/Pflanzen, Kultur und Sachgüter und zu Wechselwirkungen daraus.

Für die Erarbeitung der Studie sei – auch nach Auffassung ihrer Verfasser - auf umfassendes und ausreichend aktuelles Datenmaterial zurückgegriffen worden, so dass eine umfassende und fachgerechte Bearbeitung erfolgt sei.

Es seien drei Zusatzgutachten herangezogen worden:

1. Ausbreitung von Mikroorganismen,
2. Emissionen und Immissionen von Luftschadstoffen
3. Schaltechnisches Gutachten.

Darüber hinaus seien vier weitere Gutachten ausgewertet worden:

- Deponiebohrungen und Schürfe zur Bestimmung des Gefährdungspotentials
- Stilllegungskonzept
- Bericht zur Sedimentenprobenahme und Analyse in den Sickerteichen
- Toxikologische Bewertung von Emissionen aus der Deponie Stapelfeld



Leitender Baudirektor Raue führte aus, dass hinsichtlich des Ergebnisses näher auf das Schutzgut Mensch eingegangen werden solle, da dieses in den vergangenen Beratungen eine zentrale Rolle gespielt habe.

Untersucht worden seien die Gefährdung durch austretende Gase, Beeinträchtigungen durch entstehende gas- und staubförmige Schadstoffe, die Freisetzung sporenbildender Mikroorganismen, Beeinträchtigungen durch entstehende Geruchsmissionen und die Schallauswirkung.

Insgesamt sei festzuhalten, dass anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen für das Schutzgut Mensch auszuschließen seien.

Zum weiteren Ablauf erklärte Leitender Baudirektor Raue, dass zur Zeit die Objektplanung EU-weit ausgeschrieben worden sei. Der Teilnehmerwettbewerb sei bereits durchgeführt worden, wobei 4 Anbieter nun zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden seien. Derzeit würden die Bietergespräche vorbereitet. Mit der Vergabe sei Ende Januar 2011 zu rechnen. Im Rahmen der Entwurfsbearbeitung werde die Verwaltung die Planung mit dem Gewerbeaufsichtsamt absprechen, damit im Sommer 2011 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden könne.

Der Ausschuss für Planung und Umwelt nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

## **9. Einwohnerfragestunde**

---

Von der Einwohnerfragestunde wurde kein Gebrauch gemacht.

Um 17:15 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in